



Bild: Benjamin Manser (Leibstadt, 1. November 2016)

Die Augen richten sich auf die FDP

Energiewende Ist das Nein zur Initiative der Grünen ein generelles Nein zum Atomausstieg? Oder vielmehr gerade ein Ja zum schrittweisen Ausstieg? Die Abstimmung zur Energiestrategie 2050 wirft bereits ihren Schatten voraus.

Roger Braun

Dass Abstimmungsergebnisse unterschiedlich bewertet werden, ist eine gutschweizerische Tradition. Doch gestern hatten die Interpretationen eine spezielle Relevanz. Denn am Horizont steht bereits die nächste Volksabstimmung zur Energiepolitik: jene zur Energiestrategie 2050. Diese verankert den Atomausstieg im Gesetz und fördert die erneuerbaren Energien sowie die Energieeffizienz, damit die Schweiz künftig auf die Atomenergie verzichten kann, ohne dass die Lichter ausgehen.

Eine «klare Bestätigung für die Energiestrategie 2050» sah die CVP in der 54prozentigen Ablehnung der Initiative. «Die Bevölkerung will die Energiewende», hiess es bei den Grünen. Die SP sah einen «knappen Entscheid», der deutlich mache, dass das Atomzeitalter vorbei sei. Ganz anders die SVP. «Die Bevölkerung hat klar Nein gesagt zu einem Technologieverbot, also einem Ausstieg aus der Atomenergie», sagte SVP-Präsident und Nationalrat Albert Rösti (BE). Nie und nimmer könne man den Ja-Anteil von 46 Prozent als Ja zur Energiestrategie deuten. Der atomfreundliche Berner Nationalrat und FDP-Vizepräsident Christian Wasserfallen sprach von einer «schleierhaften» Interpretation von Mitte-links. «Zum ersten Mal hat die Schweizer Bevölkerung seit dem Atomunfall in Fukushima über den Atomausstieg abgestimmt – und klar Nein gesagt», sagte er. Wasserfallen sieht eine verfehlte Wahrnehmung, was die Bedürfnisse der Bevölkerung angeht. «Das Volk ist nicht gegen die Atomenergie, sondern es will Kontinuität, Versorgungssicherheit und günstige Strompreise.»

Prominente FDP-Politiker sind gegen die Energiestrategie 2050

Die Energiestrategie 2050 ist das bundesrätliche Konzept für den Atomausstieg. Demnach sollen die Kraftwerke bis an ihr Lebensende laufen, dann aber nicht mehr ersetzt werden. An die Stelle der Atomkraft sollen die erneuerbaren Energien treten, die künftig noch stärker finanziell gefördert werden sollen. Dazu wird der Netzzuschlag auf den Strompreis von 1,5 auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Dies kostet eine Familie jährlich etwa 40 Franken zusätzlich. Das Parlament sagte zur ersten Etappe dieser Strategie in der Herbstsession deutlich Ja; der Nationalrat mit 120 zu 72 Stimmen. SP, Grüne, CVP, BDP und GLP stehen entschlossen hinter der Energiestrategie. Ebenso entschieden stellt sich die SVP dagegen. Sie sammelt seit gut einem Monat Unterschriften gegen das Gesetzeswerk; eigentlich niemand zweifelt daran, dass das Referendum zustande kommt.

Als schicksalhaft könnte sich bei der Abstimmung die Position der FDP erweisen. Doch diese weiss nicht so recht, was sie will. Im Nationalrat stimmten 17 Parlamentarier für die Energiestrategie, 13 dagegen. Im Ständerat fiel die Zustimmung mit zehn zu einer Gegenstimme deutlich aus. Allerdings: Namhafte Schwergewichte der Partei sind gegen die Energiestrategie. Innerhalb des Parteipräsidiums ist einzig der Genfer Nationalrat Christian Lüscher dafür. Dagegen gestimmt haben Präsidentin Petra Gössi, der Ausserrhodener Ständerat Andrea Caroni, der Walliser Nationalrat Philippe Nantermod sowie Wasserfallen.

Pfister setzt FDP unter Druck – Gössi winkt ab

An der Unterschriftensammlung beteiligt sich die FDP nicht, nachdem die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten dies so entschieden hat. Allerdings wird sich die Partei positionieren müssen, sobald das Referendum steht. Die CVP forderte denn gestern die FDP auch auf, Stellung zu beziehen. «Die FDP muss sich nun endlich klar zur Energiestrategie bekennen», sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister. «Gerhard Pfister hat der FDP nicht vorzuschreiben, was wir tun müssen», erwidert Gössi. Sie sieht keinen Grund, vom üblichen Verfahren abzuweichen. «Wir warten jetzt erst mal ab, ob das Referendum überhaupt zustande kommt, dann werden die Delegierten entscheiden.»

Ob diese dem Kurs der FDP-Fraktion folgen, ist indes höchst unsicher. Innerhalb der Partei gibt es starke Kräfte, die resolut gegen die Energiestrategie kämpfen. Zum Beispiel die Jungfreisinnigen:

«Die FDP muss sich endlich klar zur Energiestrategie bekennen.»

Gerhard Pfister
CVP-Präsident

Bild: KEY

Die Jungpartei der FDP unterstützt die SVP aktiv bei der Unterschriftensammlung und wird vor der entscheidenden Delegiertenversammlung, die voraussichtlich am 25. März stattfinden wird, entsprechenden Rummel machen. Ein lautstarker Gegner ist auch Christian Wasserfallen. Für ihn ist klar, «dass eine freisinnige Partei nicht Ja sagen kann zu diesem Subventionsmonster, das keinerlei Lösungen für die Probleme im Energiesektor bereitstellt».

Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger sieht das anders. «Mit dem neuen Gesetz schaffen wir keine neuen Subventionen.» Es würden lediglich die bestehenden ausgebaut – und das mit gutem Grund, wie Schilliger findet. «Wir haben gegenüber der Bevölkerung Versprechen gemacht, diese gilt es nun zu halten.» Schilliger spricht damit die kostendeckenden Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien wie die Photovoltaik an. Installiert ein Bürger Solarpanels auf seinem Dach, erhält er finanzielle Unterstützung vom Bund. Das Problem ist: Das Geld reicht nicht, um die getätigten Investitionen abzugelten. «Um die Warteliste abzubauen, sind deshalb vorübergehend höhere Abgaben nötig», sagt Schilliger. Wichtig für ihn ist: «Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes kommt die Einspeisevergütung an ihr Ende und wir machen Schluss mit der Subventionswirtschaft.»

Wirtschaft zaudert ebenfalls bei der Entscheidungsfindung

Neben der FDP tut sich auch die Wirtschaft schwer. Sowohl der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse als auch der Gewerbeverband helfen zwar bei der Unterschriftensammlung nicht mit. Das heisst allerdings noch lange nicht, dass sie die Energiestrategie unterstützen. Aufgrund der bisherigen Verlautbarungen ist insbesondere beim Gewerbe ein Nein zu erwarten, aber auch bei Economiesuisse bestehen erhebliche ordnungspolitische Zweifel.

Vorausgesetzt, die SVP bringt das Referendum zustande, wird die Bevölkerung voraussichtlich am 21. Mai nächsten Jahres über die Energiestrategie abstimmen. Dass es keinen Spaziengang für die Befürworter geben wird, legt die geplante Kampagne der SVP nahe. Auf dem Plakat ist ein weinender Junge abgebildet, daneben seine Taucherbrille. «Wegen Energiegesetz keine Ferien mehr?», fragt die SVP und spricht von jährlichen Mehrkosten von 3200 Franken pro Familie, welche der Atomausstieg bringe. «Hanebüchen» und «krass tatsachenwidrig» nannte Bundesrätin Doris Leuthard diese Behauptung in einem Interview mit dieser Zeitung. Ob das die Bevölkerung ebenfalls so sehen wird, wird sich zeigen. Hitzig dürfte der Abstimmungskampf auf jeden Fall werden.

estützt»

ategie vorgesehen ist, scheint mir breit abgestützt zu sein.

Die SVP hat das Referendum gegen das Massnahmenpaket ergriffen, eine Volksabstimmung ist wahrscheinlich. Welche Schlüsse ziehen Sie aus dem heutigen Resultat für diesen anstehenden Urnengang? Ich bin zuversichtlich, dass die Energiestrategie von den Stimmbürgern mitgetragen wird, falls es im kommenden Jahr zu einer Referendumsabstimmung kommt. Mit dem heutigen Entscheid wurde die Energiepolitik von Bundesrat

und Parlament gestärkt. Aber jede Abstimmung beginnt bei Null, es kommen sicher auch noch neue Argumente von der SVP. Insofern war das heute erst ein Teilerfolg. Ich freue mich aber auf die Diskussion. Die Leute interessieren sich offenbar für das Thema Energieversorgung. Angesichts der Tatsache, dass heute nur eine Vorlage zur Abstimmung kam, hatten wir mit rund 45 Prozent eine gute Stimmbeteiligung.

Welches sind die nächsten Schritte?

Voraussichtlich im Februar gehen die Verordnungsänderungen zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie in die Vernehmlassung. Ziel ist es, dass die erste Etappe Anfang 2018 in Kraft gesetzt werden kann. Die Möglichkeit einer Referendumsabstimmung steht diesen Vorarbeiten nicht im Weg. Teil des Pakets ist eben auch der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie: Die bestehenden AKW sollen am Ende ihrer Betriebszeit stillgelegt und nicht durch neue ersetzt werden. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist sinnvoll, er sollte aber nicht überstürzt erfolgen. (Aufgezeichnet von Tobias Bär.)

Doris Leuthard
Energieministerin (CVP)

Bild: KEY